



Überheblichkeit und Teilnahmslosigkeit. Was 1912 zum Untergang der «Titanic» beitrug, prägt heute den Umgang der europäischen Politiker mit den gravierenden Problemen in Afrika. © Willy Stöwer

Zur aktuellen Migrationslage

Wir müssen die Bösen sein!

Von Guido Graf

1912 versank der bis dato als unsinkbar geltende Luxusliner Titanic nach der Kollision mit einem Eisberg im Atlantik. Damals musste die geschockte Öffentlichkeit einige unliebsame Fakten zur Kenntnis nehmen. Unter anderem wurde publik, dass die «Titanic» mehrfach auf die Bedrohung durch Eisberge aufmerksam gemacht worden war.

Schuld am Unglück hatten unter anderem ein überheblicher Kapitän, das Profitdenken des Eigentümers, eine für die damalige Zeit typische Überhöhung der technischen Möglichkeiten sowie das Verhalten der Schiffsbesatzung, das an Kadavergehorsam erinnerte. Ganz zu schweigen von der Teilnahmslosigkeit der Passagiere erster Klasse.

Das Beispiel mit der «Titanic» hat einige Parallelen zur heutigen Migrationslage. Der Film ist zwar reine Fiktion. Er zeigt aber eindrücklich, wie Bilder und Medien die Meinungsbildung beeinflussen können.

Von der Fiktion zur Realität

Das Flüchtlingsdrama, das wir gegenwärtig in Europa erleben, war absehbar. Die Rundfunkanstalt BBC wies bereits 1990, vor 27 Jahren, mit dem futuristischen Fernsehspiel «Der Marsch» auf mögliche künftige Gefahren hin. Der Film ist zwar reine Fiktion. Er zeigt aber eindrücklich, wie Bilder und Medien die Meinungsbildung beeinflussen können.

Heute, 30 Jahre nach der Erstausstrahlung des Films, hat sich das fiktive Szenario zu einer echten humanitären Katastrophe entwickelt, die Europa in seinen Grundfesten erschüttert. Oder anders ausgedrückt: Der Eisberg «Flüchtlingskrise» hat in der Zwischenzeit unserer Wohlstandsgesellschaft seine unsichtbare Unterseite präsentiert. Nur erkennen müsste man sie.

Die Fakten liegen auf dem Tisch und dürften jedem klar sein. Insofern

ist es müssig, für weitere aufwendig inszenierte Migrationskonferenzen zu plädieren. Dies hat der G-7-Gipfel von Taormina Ende Mai einmal mehr eindrücklich gezeigt. Was dort an Ergebnissen präsentiert werden konnte? So gut wie gar nichts, mit Ausnahme einiger Formell-Kompromissen.

Als 1960 die afrikanischen Staaten in die Unabhängigkeit entlassen wurden, zählte der Kontinent knapp 285 Millionen Menschen. Heute leben in Afrika bereits 1,2 Milliarden Menschen. Das ist eine Vervielfachung innerhalb von rund 50 Jahren. Und für das Jahr 2050 prognostiziert die UNO sogar eine Verdopplung auf 2,4 Milliarden Menschen. Der Kollaps ist – sofern nicht ein radikales Umdenken stattfindet – programmiert!

Ein Marshallplan ist keine Lösung

Unsere Millenniumsgeneration wird dazumal mitten im Arbeitsleben stehen und Zeitzeuge dieser dramatischen Entwicklung mit all ihren Begleiterscheinungen sein. Wer heute

für Afrika einen Marshallplan propagiert, verkennt die Auswirkungen der dramatischen Bevölkerungsentwicklung und negiert zugrundeliegende Ursachen wie Armut, Dürrekatastrophen, Hunger, Misswirtschaft, fehlende Bildung, Arbeitslosigkeit und die damit einhergehende Perspektivlosigkeit.

Afrika muss den Pfad beschreiten, der zum Erfolg führt: Freiheit, Sicherheit, Wettbewerb.

Entsprechend muss es uns vor Ort in Afrika gelingen, die drei Problemfelder Bevölkerungsexplosion, Korruption und Kriege zeitgerecht zu lösen. Sonst wird dieser Kontinent kompletten Schiffbruch erleiden, weil jegliche Entwicklungshilfe endgültig zur Sisyphusarbeit verdammt sein wird.

Entscheidend ist, dass Afrika den Pfad beschreitet, der überall sonst zum

Erfolg führte: Eigentumssicherheit, Freiheit, Wettbewerb und ein gut geregelter Staat, der dies gewährleistet. Zur Lösung des Problems kann etwa die Besserstellung der afrikanischen Frau beitragen. Dies, indem ihr der Zugang zur Bildung erleichtert wird und somit Geburtenkontrolle besser gelingt. Ausserdem braucht es die Vergabe von Mikrokrediten durch die Weltbank, eine Konzentration auf die Landwirtschaft sowie faire Handelsbeziehungen zwischen Europa und Afrika.

Schnell ins Herkunftsland zurück

Und was können wir hier in der Schweiz konkret tun?

Wir gewähren unter anderem nur jenen Menschen Schutz, die vor Krieg und Gewalt fliehen. So können wir sicherstellen, dass echte Flüchtlinge Schutz erhalten. Oder anders ausgedrückt: Flucht aus wirtschaftlichen Gründen berechtigt nicht, einen Schutzstatus zu erlangen. Das ist zwar eigentlich heute schon so, nur wird es nicht umgesetzt.

Ausserdem werden sämtliche Flüchtlinge nur vorläufig aufgenommen. Denn primäres Ziel muss es sein, Flüchtlinge möglichst schnell in ihr Herkunftsland zurückzuführen. Dort müssen wir den Hebel ansetzen und nicht bei uns.

Kurzum: Auch wenn es nicht angenehm ist, wir müssen, ausnahmsweise und äusserst ungerne, die Bösen sein – zum Wohl der Flüchtlinge.

«Wir sind noch nicht bereit. Gebt uns noch mehr Zeit!» So lautet die Schlusssatzung der Europäer im BBC-Drama von 1990. Zeit können wir nicht gewinnen, Zeit nur mehr oder weniger gut nützen. Bis jetzt wurde die zur Verfügung stehende Zeit schlecht genutzt.

Wir sind in der «Titanic» unterwegs, und vor dem italienischen Lampedusa liegt ein riesiger Eisberg namens «Bengali».

Seit April sind ungefähr 6000 Personen allein aus Bangladesch gemäss

dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR über den «failed state» Libyen nach Italien geflüchtet. Jeder Flüchtling hat der Schlepperorganisation im Durchschnitt für seine Flucht rund 10 000 Euro Weggeld bezahlt. Und dies, obwohl die EU bereits im November 2015 auf Malta mit verschiedenen afrikanischen Transitländern Migrationsabkommen eingeleitet hat.

Der Klimawandel wird, sofern die Prognosen zutreffen, Millionen von weiteren Flüchtlingen aus Bangladesch und anderswo in die Migration treiben.

Der verstorbene Ernst Mühlemann (FDP, TG), einer der profiliertesten schweizerischen Aussenpolitiker der Nachkriegszeit, hatte 2004 in seinem Buch «Augenschein – Als Schweizer Parlamentarier an aussenpolitischen Brennpunkten» seine diesbezüglichen Erfahrungen wie folgt auf den Punkt gebracht: «Wir vernachlässigten dabei in sträflicher Weise die vorbeugende Flüchtlingshilfe vor Ort und übersahen, dass die meisten Menschen nur in äusserster Not emigrieren wollen.»

Es bleibt keine Zeit mehr

Wollen wir also wieder warten, bis die Not am grössten ist und unsere Gesellschaft gezwungenermassen in den Krisenmodus versetzt und sie dabei Schiffbruch erleiden wird, nur weil wir aus den Fehlern der Vergangenheit nicht die richtigen Lehren gezogen haben?

Wollen wir darauf warten, dass uns der Eisberg schrammt? Zeit ist eine wichtige Ressource. Die Afrikaner haben sie, wir nicht!



Guido Graf (CVP) ist Gesundheits- und Sozialvorsteher des Kantons Luzern.